



---

## Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

---

- a) **Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind,**

Deutscher Bundestag, Verwaltung  
Referat ZT 6 - Vergaben -  
Geschäftszeichen: ZT 6-1133-2012-289-15-ZT360  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Angebotsabgabe:

Das Angebot ist per Post an: Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat ZT 6 - Vergaben -, Platz der Republik 1, 11011 Berlin zu richten.

Sollte beabsichtigt sein, das Angebot persönlich oder per Boten abzugeben, so ist dieses bis zum Ablauf der Angebotsfrist montags von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, dienstags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr (außer an Feiertagen) im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus unter Vorlage eines gültigen Lichtbilddokumentes abzugeben. In diesem Fall soll das Angebot einen Absender erkennen lassen.

- b) **Art der Vergabe,**

Öffentliche Ausschreibung

- c) **Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind,**

Schriftlich im verschlossenen Umschlag und mit dem den Vergabeunterlagen beiliegendem Aufkleber versehen.

- d) **Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung,**

Leistungsumfang dieser Ausschreibung sind die wiederkehrenden Prüfungen der Brandmeldeanlagen in 18 Liegenschaften des Deutschen Bundestages. Die Prüfung hat die Überprüfung der Funktionsfähigkeit und der fachgerechten Instandhaltung sowie die Einhaltung der geltenden Verordnungen zum Ziel. Es sind ausschließlich die Brandmeldeanlagen zu prüfen. Die Prüfung peripherer Anlagen ist nicht Bestandteil des Leistungsumfanges.

- e) **gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose,**

Keine Aufteilung in Lose

- f) **Zulassung von Nebenangeboten,**

Nebenangebote sind nicht zugelassen

- g) **etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist,**

---

Es wird ein Rahmenvertrag mit einer Vertragsdauer von zwei Jahren abgeschlossen. Der Vertrag beginnt am 01.01.2013 und endet mit Ablauf des 31.12.2014. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, längstens bis zum 31.12.2016, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Laufzeit von der Auftraggeberin schriftlich gekündigt wird.

**h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können,**

Deutscher Bundestag, Verwaltung  
Referat ZT 6 - Vergaben -  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fax: 0049 / 30 / 227-36603  
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

**i) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist,**

Ende der Angebotsfrist: 14. November 2012, 12.00 Uhr  
Ende der Bindefrist: 28. Dezember 2012

**j) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen,**

keine

**k) wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind,**

Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

**l) mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangt,**

**Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind**

- Sofern der Einsatz eines **Unterauftragnehmers** beabsichtigt ist, sind die hierzu genannten Bestimmungen in den Vergabeunterlagen zu beachten.
- Sofern die Bildung einer **Bietergemeinschaft** beabsichtigt ist, ist eine Erklärung nach Maßgabe der Vergabeunterlagen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die nachfolgend genannten Nachweise beizufügen.
- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben).
- Eigenerklärung über die Eintragung im **Handelsregister**/ in der **Handwerksrolle** oder Auszug aus dem **Berufsregister**, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1 des Angebotsvordrucks).
- Nachweis, dass alle zur Durchführung dieser Leistung eingesetzten Mitarbeiter des Bieters (hier: **mindestens 2**) als Prüfsachverständige gemäß Bautechnischer Prüfungsverordnung Berlin (BauPrüfVO) eine Anerkennung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin oder deren Partnerverwaltungen anderer Bundesländer für die Prüfung von Brandmeldeanlagen besitzen. Ferner müssen die anerkannten Prüfsachverständigen anderer Bundesländer mit den geltenden Vorschriften und Richtlinien für das Land Berlin vertraut sein.

**Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden**

- Auszug aus dem **Gewerbezentralregister** beim Bundesamt für Justiz:
- Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**m) sofern verlangt, die Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen,**

keine

**n) Angaben der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**

Wirtschaftlich günstigste Angebot nach dem Kriterium „niedrigster Preis“ (Gewichtung: 100 Prozent).